

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft sowie zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht (kantonales Landwirtschaftsgesetz)

vom ...

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

in Ausführung des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG) vom 29. April 1998¹, ~~und~~ des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) vom 4. Oktober 1991² und des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht (LPG) vom 4. Oktober 1985³,

gestützt auf Artikel 36 und 44 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968⁴,

beschliesst:

I. Zweck und Zuständigkeit

Art. 1 *Zweck*

¹ Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Bundesgesetzgebung ~~in der~~ über die Landwirtschaft sowie des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts und ergänzt ~~sie~~ diese.

² Es bezweckt die Förderung einer leistungsfähigen, marktgerechten und nachhaltigen Landwirtschaft, die sich insbesondere auf bodenbewirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe und die Alpwirtschaft abstützt. Die Entwicklung ist nachhaltig, wenn sie langfristig ökologisch verträglich, sozial förderlich und wirtschaftlich erfolgreich ist.

Art. 2 *Kantonsrat*

¹ Der Kantonsrat bestimmt ~~im Rahmen des jährlichen Voranschlags oder von Leistungsaufträgen und Globalbudgets~~ den Umfang der Massnahmen nach diesem Gesetz-;

a. durch Rahmenkredite zum Abschluss von Programmvereinbarungen mit dem Bund,

b. im Rahmen des jährlichen Voranschlags,

c. im Rahmen von Leistungsaufträgen und Globalbudgets.

² Er erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Vorschriften durch Verordnung.

Art. 3 *Regierungsrat*

¹ Der Regierungsrat:

a. stellt den Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung sowie des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts durch Programmvereinbarungen mit dem Bund gemäss Art. 97a LwG und Art. 27a des Staatsverwaltungs-gesetzes⁵ durch Leistungsaufträge sowie die Aufsicht sicher;

~~b. legt die Kostenbeteiligung bei landwirtschaftlichen Beratungen fest (Art. 8 Abs. 2 dieses Gesetzes);~~

P.S.: Änderungen und Ergänzungen gegenüber dem geltenden Landwirtschaftsgesetz sind randvermerkt und unterstrichen, Wegfallendes ist durchgestrichen.

- b. wählt die Landwirtschaftskommission (Art. 6 dieses Gesetzes);
- c. legt die Voraussetzungen zur Gewährung von Beiträgen für besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsformen, Anlagen und Einrichtungen fest (Art. 9 Abs. 1 dieses Gesetzes);
- d. legt die Voraussetzungen zur Gewährung von Beiträgen für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen fest (Art. 9 Abs. 2 dieses Gesetzes);
- ~~de.~~ legt die ~~weitergehenden Massnahmen~~ Bedingungen und Auflagen zur Förderung der Tierzucht, ~~und~~ des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung in der Tierhaltung fest (Art. 10 ~~Abs. 2~~ dieses Gesetzes);
- ef. legt ~~auf Grund~~aufgrund der regionalen Besonderheiten die Abgeltungskriterien zur Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen sowie den Anteil der kantonalen Leistung fest (Art. 11 Abs. 1 dieses Gesetzes);
- fg. erlässt Vorschriften und Massnahmen über den Pflanzenschutz (Art. 11 Abs. 2 dieses Gesetzes);
- gh. bestimmt weitere Massnahmen zur Qualitätsverbesserung (Art. 13 Abs. 2 dieses Gesetzes);
- hi. legt die Voraussetzungen zur Gewährung von einmaligen Starthilfebeiträgen-Innovationsbeiträgen zur Absatzförderung fest (Art. 14 Abs. 2 dieses Gesetzes);
- ik. bestimmt Auflagen und Bedingungen bei der Gewährung von Betriebshilfen (Art. 16 dieses Gesetzes) und von Investitionshilfen (Art. ~~17 Abs. 14~~ 18 und ~~Art. 18~~19 dieses Gesetzes) und legt den Anteil der kantonalen Leistung (Art. 18 dieses Gesetzes) sowie Mindestbeträge fest (Art. ~~19~~20 dieses Gesetzes);
- l. bestimmt Auflagen und Bedingungen bei der Gewährung von kantonalen Beiträgen an Strukturverbesserungsmassnahmen (Art. 17 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes), insbesondere legt er die Beitragskriterien und die Höhe der Beiträge fest und regelt die Folgen der Zweckentfremdung sowie die Rückerstattung der Beiträge bei Nichteinhalten der Bestimmungen;
- ~~km.~~ regelt das Verfahren betreffend die Duldungspflicht zur Bewirtschaftung von Brachland gemäss Art. 71 LwG und betreffend die vertraglichen Landumlegungen nach Art. 101 Abs. 4 LwG;
- ~~l. wählt die Bodenrechtskommission.~~
- n. legt die Bedingungen für die Definition eines landwirtschaftlichen Gewerbes nach Art. 5 Bst. a und Art. 7 BGG, für die Selbstbewirtschaftung nach Art. 9 BGG sowie für die Zerstückelung nach Art. 60 BGG fest;
- o. regelt die Anwendung von Art. 5 Bst. b BGG und Art. 3 LPG für Pacht, Anteils- und Nutzungsrechte und legt den ortsüblichen Bewirtschaftungsbereich bei der Zupacht von Grundstücken nach Art. 33 Abs. 1 LPG und beim Erwerb von Grundstücken nach Art. 63 Abs. 1 Bst. d BGG fest;
- p. ist Beschwerdeinstanz nach Art. 88 Abs. 1 BGG.

² Der Regierungsrat kann Vollzugsaufgaben dieses Gesetzes durch Vereinbarung an Dritte übertragen.

Art. 4 Zuständiges Departement Volkswirtschaftsdepartement

¹ Das ~~zuständige Departement~~ Volkswirtschaftsdepartement:

- a. überwacht den Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung und des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts des Bundes sowie dieses Gesetzes;
- ~~b. wählt die Landwirtschaftskommission (Art. 6 dieses Gesetzes);~~

~~eb.~~ setzt im Rahmen des Staatsvoranschlags und der frei bestimmbaren Ausgaben nach der Finanzhaushaltsverordnung⁶ die Beiträge an besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsformen, für regionale Projekte für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (Art. 9 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Förderung der Tierzucht, des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung in der Tierhaltung (Art. 10 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Qualitätsförderung (Art. 13 dieses Gesetzes), die Beiträge zur Absatzförderung (Art. 14 dieses Gesetzes), die Bewirtschaftungsbeiträge (Art. 15 dieses Gesetzes) und die Kantonsbeiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen (Art. ~~1748~~ und ~~1849~~ dieses Gesetzes) im Einzelfall fest;

~~c.~~ ordnet die Massnahmen bei Zweckentfremdung von mit kantonalen Beiträgen unterstützten Strukturverbesserungsmassnahmen an (Art. 3 Abs. 1 Bst. I dieses Gesetzes);

~~d.~~ ist Aufsichtsbehörde nach Art. 83 Abs. 3 BGGB;

~~de.~~ vertritt den Kanton in den interkantonalen landwirtschaftlichen Institutionen der Landwirtschaft sowie des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts.

² Es kann im Rahmen des Staatsvoranschlags Dritte zur Mitwirkung beim Vollzug dieses Gesetzes beiziehen.

Art. 5 ~~Zuständiges~~-Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das ~~zuständige~~-Amt für Landwirtschaft und Umwelt vollzieht die Landwirtschaftsgesetzgebung und das bäuerlichen Boden- und Pachtrecht des Bundes sowie dieses Gesetz, soweit keine andere kantonale Vollzugsbehörde oder Dritte damit beauftragt sind.

Art. 6 *Landwirtschaftskommission*

¹ Die Landwirtschaftskommission besteht aus insgesamt mindestens sieben bäuerlichen und nichtbäuerlichen Mitgliedern.

² Sie berät das ~~zuständige Departement~~-Volkswirtschaftsdepartement und das ~~zuständige~~-Amt für Landwirtschaft und Umwelt in kantonalen Grundsatzfragen der ~~kantonalen~~-Landwirtschaftspolitik und des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts und unterstützt die Kommunikation nach aussen.

³ Sie kann Fachausschüsse einsetzen. Die Entschädigung der Fachausschüsse richtet sich nach Art. 11 des Gesetzes über die Entlöhnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen (Behördengesetz)⁷.

⁴ Das ~~zuständige~~-Amt für Landwirtschaft und Umwelt führt das Sekretariat.

Art. 7 *Einwohnergemeinden*

¹ Die Einwohnergemeinden unterstützen den Kanton bei der Durchführung von agrarpolitischen Massnahmen des Bundes und des Kantons, namentlich bei der Erhebung von Daten und bei Kontrollen.

² Sie bestimmen eine für die landwirtschaftlichen Belange zuständige Stelle.

~~³ ...8~~

~~³ Der Einwohnergemeinderat jener Gemeinde, in welcher die Pachtsache ganz oder zum grossen Teil liegt, ist einspracheberechtigte Behörde nach Art. 53 LPG.~~

II. Landwirtschaftliche Beratung

Art. 8 *Beratungsdienst*

¹Der Kanton sorgt für die Beratung und Information:

- a. zur Förderung der berufsbezogenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Land- und Alpwirtschaft und der bäuerlichen Hauswirtschaft;
- b. zur Umsetzung der agrarpolitischen Massnahmen von Bund und Kanton.

~~²Die Beratungsleistungen sind in der Regel kostenpflichtig.~~

III. Produktion, Qualität und Absatz

Art. 9 *Bewirtschaftungsformen*

¹Der Kanton fördert durch Information und Beratung besonders umweltfreundliche und nachhaltige Bewirtschaftungsformen, ~~wie beispielsweise die Umstellung auf Biolandbauanlagen sowie Einrichtungen~~. Er kann sie finanziell unterstützen.

~~² Der Kanton kann regionale Projekte für die Verbesserung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen gemäss Art. 77a und b LwG mit Beiträgen unterstützen, soweit der Bund eine finanzielle Leistung erbringt.~~

Art. 10 *Tiere*

~~¹Der Kanton unterstützt die in der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Massnahmen zur Förderung der Tierzucht, soweit der Bund eine kantonale Leistung voraussetzt.~~

~~²Er Der Kanton kann weitergehende Massnahmen zur die Förderung der Tierzucht ~~und~~ sowie des Viehabsatzes und der Arbeitsteilung in der Tierhaltung mit Beiträgen unterstützen.~~

Art. 11 *Pflanzen*

¹ Der Kanton unterstützt die in der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Massnahmen zur regionalen Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen, soweit der Bund eine kantonale Leistung voraussetzt.

² Er kann Vorschriften und Massnahmen zur Überwachung und Bekämpfung regional bedeutsamer Krankheiten, ~~und~~ Schädlinge und Problempflanzen erlassen.

Art. 12 *Alpwirtschaft*

Der Kanton fördert insbesondere durch Beratung und Strukturverbesserungsmassnahmen eine ~~sachgerechte standortgerechte~~, umweltschonende und nachhaltige Bewirtschaftung der Alpen.

Art. 13 *Qualität*

¹ Der Kanton unterstützt im Rahmen der Bundesvorgaben die Qualitätsförderung.

² Er kann weitere Massnahmen zur Qualitätsverbesserung von landwirtschaftlichen Produkten unterstützen, sofern eine angemessene Selbsthilfe geleistet wird.

~~3_...9~~

Art. 14 *Absatz*

¹ Der Kanton unterstützt Marktentlastungsmassnahmen, soweit der Bund eine finanzielle Leistung erbringt und diese eine kantonale Leistung voraussetzt.

² Er kann mit einmaligen ~~Starthilfebeiträgen~~ Innovationsbeiträgen weitere Projekte im Bereich der Absatzförderung unterstützen, sofern sich die Trägerschaft daran angemessen beteiligt, das Projekt die Wertschöpfung sichert oder steigert, auf Innovation oder Diversifikation beruht und im regionalwirtschaftlichen Interesse liegt.

Art. 15 *Bewirtschaftungsbeiträge*

¹ Der Kanton kann für extensiv ~~und wenig intensiv~~ genutzte Wiesen in ~~Hang- und~~ Steillagen des Tal- und Berggebiets Bewirtschaftungsbeiträge ausrichten.

² Die Bewirtschaftungsbeiträge werden nur ausgerichtet, wenn:

- a. eine standortgerechte Bewirtschaftung im öffentlichen Interesse liegt und ohne Unterstützung durch die Bewirtschaftungsbeiträge nicht mehr vorgenommen wird und
- b. keine Abgeltungen gemäss dem Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)¹⁰ möglich sind.

³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Direktzahlungsverordnung des Bundes¹¹.

IV. Soziale Begleitmassnahmen

Art. 16 *Betriebshilfe*

⁴ Der Kanton gewährt Betriebshilfe in Form von zinslosen Darlehen gemäss den bundesrechtlichen Bestimmungen.

~~2_...42~~

~~Art. 17~~⁴³

V. Strukturverbesserungen

Art. ~~1748~~ *Grundsatz*

¹ Der Kanton fördert Strukturverbesserungsmassnahmen im Sinne des Bundesrechts, ~~soweit der Bund eine finanzielle Leistung erbringt und hierfür eine kantonale Leistung voraussetzt.~~

~~2_... 44~~

² Er kann eigenständig den Ersatzbau und die Sanierung von landwirtschaftlichen Betriebsleiterwohnungen im Berggebiet mit Beiträgen unterstützen.

³ Er kann eigenständig weitere Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft unterstützen.

Art. 1819 *Kantonale Leistung*

~~⁴Bei der Bemessung der kantonalen Leistung, die über die vom Bund verlangte Minimalleistung hinausgeht, sind insbesondere das öffentliche Interesse an der Durchführung der Massnahme die Bestimmungen des Bundesrechts, die Wirksamkeit der Massnahme zur Strukturverbesserung und die wirtschaftliche Situation der Bauherrschaft zu berücksichtigen.~~

~~²Der Kanton kann ausnahmsweise im Tiefbau eine höhere als die vom Bund verlangte Mindestleistung erbringen, sofern:~~

- ~~a. die Massnahme zur Erhaltung eines oder mehrerer gut strukturierter Land- oder Alpwirtschaftsbetriebe notwendig ist und~~
- ~~b. die Bauherrschaft durch die Massnahme ausserordentlich belastet wird.~~

~~³Die Höhe der kantonalen Leistung beträgt höchstens 200 Prozent der Bundesleistung.~~

~~⁴Für Projekte, die nicht zur Ausführung gelangen, werden weder Beiträge noch Investitionskredite gewährt. Ausgenommen davon sind Planungen, die als selbstständige Projekte gelten.~~

Art. 1920 *Mindestbeträge*

Der Kanton legt für die Beiträge und die Investitionskredite nach Art. 17 und 18 dieses Gesetzes Mindestbeträge fest, unter denen keine Investitionshilfen gewährt werden.

Art. 2024 *Vorbehalt des Bundesrechts*

Verfahrensbestimmungen, Auflagen und Bedingungen des Bundes bei Investitionshilfen gelten sinngemäss auch für kantonale Leistungen (Art. 17 Abs. 1 und Art. 18 dieses Gesetzes).

Art. 2122 *Öffentliche Auflage von Projekten*

¹ Projekte, die von Bund und Kanton finanziell unterstützt werden, sind im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens im Amtsblatt zu veröffentlichen.

² Die Einspracheberechtigung der gesamtschweizerischen Organisationen richtet sich nach Art. 97 Abs. 4 LwG.

³ Die öffentliche Auflage dauert in der Regel 30 Tage.

Art. 2223 *Haftung*

Aus der Genehmigung eines Strukturverbesserungsprojektes und der Gewährung von Investitionshilfen kann keine Haftung seitens des Kantons für das Projekt, die Bauausführung sowie die wirtschaftliche Tragbarkeit abgeleitet werden.

~~**Art. 24** *Rückerstattung von Beiträgen*~~

~~Rückerstattete Beiträge sind nach Abzug des Bundesanteils entsprechend ihrer Beteiligung am Beitrag zwischen dem Kanton und der Einwohnergemeinde aufzuteilen.~~

VI. Bodenrecht

Art. ~~2325~~⁴⁵ Vorkaufsrecht

¹ Korporationen und Alpengenossenschaften haben gemäss Art. 56 Abs. 1 Bst. b BGG ein Vorkaufsrecht an privaten Allmenden und Alpen ihres Gebietes.

² Bei mehreren Bewerberinnen wird die Rangfolge nach der Nähe zu der zu veräussernden Allmend oder Alp und nach der sinnvollen wirtschaftlichen Nutzung bestimmt, die ein Kauf der Bewerberin ermöglicht.

VII. ~~Schluss- und Übergangs-~~ und Schlussbestimmungen

Art. ~~2426~~ Gebühren

⁴ Die Vollzugsorgane erheben für ihre Tätigkeit im Rahmen ~~der des Allgemeinen kantonalen~~ Gebührengesetzgebungen¹⁶ bzw. der Verwaltungsverfahrensverordnung¹⁷ Gebühren. Vorbehalten bleiben bundesrechtliche Gebührenansätze bzw. Gebührenbefreiungen.⁴⁸

² ~~Gebühren, die im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Direktzahlungen stehen, können mit diesen verrechnet werden.~~

Art. ~~2527~~ Einsichts- und Zutrittsrecht

Wer öffentliche Mittel nach diesem Gesetz beansprucht oder erhalten hat, hat den zuständigen Behörden und Kontrollorganen alle erforderlichen Unterlagen offen zu legen und Kontrollen auf den Betrieben und im Feld zuzulassen.

Art. 26 Strafbestimmungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen dieses Gesetz oder darauf gestützte Verfügungen verstösst, insbesondere wer die Voraussetzungen zur Gewährung von Finanzhilfen nach Art. 17 dieses Gesetzes nicht erfüllt.

² Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über das kantonale Strafrecht¹⁹.

Art. ~~2728~~ Übergangsrecht

¹ Kommissionen, die nach neuem Recht nicht mehr zuständig sind, erledigen die bei ihnen hängigen Verfahren. Die Rechtsmittel richten sich nach neuem Recht. Die bei der Bodenrechtskommission hängigen Verfahren gehen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes zur abschliessenden Behandlung in die Zuständigkeit des Amtes für Landwirtschaft und Umwelt über.

² Rückerstattete Strukturverbesserungsbeiträge sind nach Abzug des Bundesanteils entsprechend ihrer Beteiligung am Beitrag zwischen dem Kanton und der Einwohnergemeinde aufzuteilen.

³ In Bezug auf Beiträge, die nach der Verordnung über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten vom 18. April 2002²⁰ entrichtet wurden, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung weiter.

Art. 2829 *Änderung bisherigen Rechts*

Art. 31 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 25. Juni 1999²¹ wird wie folgt geändert:

⁴ Aufgehoben

~~Die Beiträge der Tier Eigentümer und Tier Eigentümerinnen können mit den landwirtschaftlichen Direktzahlungen verrechnet werden.~~

Art. 2930 *Aufhebung bisherigen Rechts*

Es werden aufgehoben:

- a. das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz) vom 26. Januar 2001²²,
- b. die Verordnung über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten vom 18. April 2002²³,
- c. die Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 21. Dezember 2004²⁴,
- d. die Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht vom 21. Dezember 2004²⁵.

Art. 3034 *Inkrafttreten*

¹ Der Regierungsrat bestimmt, wann dieses Gesetz in Kraft tritt.²⁶ Es unterliegt dem fakultativen Referendum.

² Dieses Gesetz ist dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement²⁷ die Bestimmungen zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht sind dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement²⁸ zur Kenntnis zu bringen.²⁹

Sarnen, ...

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident:
Der Ratssekretär:

¹ SR 910.1

² SR 211.412.11

³ SR 221.213.2

⁴ GDB 101

⁵ GDB 130.1

⁶ GDB 610.11

⁷ GDB 130.4

⁸ Aufgehoben durch Art. 15 Bst. a des Gesetzes über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket) vom 20. September 2001

⁹ Aufgehoben durch Art. 15 Bst. b des Gesetzes über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket) vom 20. September 2001

¹⁰ SR 451

¹¹ SR 910.13 (Art. 1 bis 26 und 35)

¹² Aufgehoben durch Art. 15 Bst. c des Gesetzes über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket) vom 20. September 2001

¹³ Aufgehoben durch Art. 15 Bst. d des Gesetzes über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket) vom 20. September 2001

¹⁴ Aufgehoben durch Art. 15 Bst. e des Gesetzes über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzpaket) vom 20. September 2001

¹⁵ Art. 25 durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 28. Mai 2001

¹⁶ GDB 643.1, 643.11, 643.111

¹⁷ GDB 133.21

¹⁸ Geändert durch das Bereinigungsgesetz II (Anhang: Ziff. II., Gesetze, 18.)

¹⁹ GDB 310.1

²⁰ ABI 2002, 490

²¹ GDB 818.1

²² ABI 2001, 109, ABI 2001, Anhang, 48, ABI 2005, 553, ABI 2007, 420

²³ ABI 2002, 490

[24 ABI 2004, 1609](#)

[25 ABI 2004, 1610](#)

²⁶ Vom Regierungsrat auf 1. März 2001 in Kraft gesetzt

²⁷ Art. 178 Abs. 2 LwG

²⁸ Art. 90 Abs. 2 BGG und Art. 58 Abs. 1 LPG

²⁹ Art. 178 Abs. 2 LwG; durch EVD Kenntnis genommen am 2. April 2001